

Redaktor Bruno Frey im Gespräch mit der Bundeskanzlerin : Annemarie Huber-Hotz

Autor(en): **Huber-Hotz, Annemarie / Frey, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **167 (2001)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-67353>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

... der Bundeskanzlerin

Annemarie Huber-Hotz

Welche Bedeutung räumen Sie der elektronischen Information auf Bundesebene generell ein und wo liegen Ihrer Ansicht nach die grössten Risiken? In der Privatwirtschaft ist die erste Euphorie primär aus Datensicherheitsgründen bereits verflogen – hinkt der Bund dem Trend hinter nach?

Die elektronische Information ist meines Erachtens sehr wichtig für den Verkehr innerhalb der Bundesverwaltung wie die Kommunikation nach aussen. Gefragt ist hier im besonderen Ausmass die Bundeskanzlei wegen ihrer Koordinationsaufgabe zwischen den Departementen und als Stabsstelle des Bundesrates. Die Risiken liegen, wie Sie zu Recht erwähnen, vor allem bei der Datensicherheit. Bei der Information der Öffentlichkeit darf zudem nie ausser Acht gelassen werden, dass noch lange nicht alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zum Internet haben. Es braucht deshalb nach wie vor den persönlichen Kontakt und die Information in Papierform. Wir wollen weder euphorisch noch rückständig sein, sondern schrittweise unser bereits grosses elektronisches Angebot sowohl ausbauen wie konzentrieren, in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden.

Wie weit glauben Sie, wird die Bundesverwaltung sich in den nächsten fünf bis sieben Jahren im Bereich E-Government weiter entwickeln?

Die Bundesverwaltung wird sich schrittweise weiterentwickeln und die Chancen der elektronischen Informations- und Kommunikationsmittel nutzen. Das E-Government wird die Verwaltung zusätzlich fordern und verändern.

Ist nach Ihrem Dafürhalten die Systemsicherheit für eine allfällige E-Voting-Lösung auf Stufe Bund jemals erreichbar?

Ja, das elektronische Abstimmen ist meines Erachtens nicht eine Frage der technischen Sicherheit, sondern vielmehr eine Frage der staatspolitischen Opportunität und der notwendigen organisatorischen Voraussetzungen wie z.B. die Vereinheitlichung der Stimmregister der Gemeinden.

Der eidgenössische Datenschutzbeauftragte bekleidet lediglich eine 50-Prozent-Stelle. Ist dies angesichts der zunehmenden Komplexität und Sensibilität dieser Materie eine zweckmässige Lösung?

Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte verfügt über ein ausgebautes und fachlich qualifiziertes Sekretariat mit rund 15 Mitarbeiter/innen, welche für die Anwendung und Umsetzung des Datenschutzgesetzes sorgen. Der Datenschutzbeauftragte trägt dafür die Verantwortung und hat die Verbindung mit der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft sicherzustellen. Die bisherige Lösung mit einer 50-Prozent-Stelle hat sich bewährt.

Im Bereiche Informationssicherheit möchte die Schweiz einen Sonderstab, zusammengesetzt aus Vertretern der Bundesverwaltung, der Industrie und der Wissenschaft bilden. In den USA hatte ein ähnliches Projekt keinen Erfolg. Weshalb wird es Ihrer Meinung nach bei uns funktionieren?

Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik hat in der Schweiz Tradition, nicht zuletzt wegen der Kleinheit unseres Landes und der Einsicht, dass die öffentliche Verwaltung nicht zu gross sein darf und das Milizsystem auch in der Politik wichtig ist. Zudem ist die Vernetzung gerade im Bereich der elektronischen Kommunikations- und Informationsmittel besonders gegeben und wichtig.

In der Übung «INFORMO» von Mitte Juni dieses Jahres schulten und übten Sie den Ad-hoc-Sonderstab erstmals aufgrund eines IT-Krisen-Szenarios. Bestätigten sich die getroffenen Annahmen oder muss der vorgesehene Stab strukturell/personell anders zusammengesetzt werden?

Eine erste Beurteilung der Übung hat die Notwendigkeit des Sonderstabes bestätigt. Es sind aber auch Fragen offen geblieben, die nach Vorliegen des Evaluationsberichtes angegangen werden müssen.

Planen Sie nach dieser von der Thematik her sehr speziellen Übung in nächster Zeit die Durchführung von umfassenden strategischen Übungen?

Wir sind der Meinung, dass umfassende strategische Übungen in Zukunft eher die Ausnahme sein sollten. Wir legen das Hauptgewicht auf gezielte Schulungen mit ausgewählten Verwaltungsstellen und zu ausgewählten Szenarien. Dabei gehen wir davon aus, dass die ausserordentlichen Lagen in der Regel die Fortsetzung der ordentlichen Lage ist und deshalb mit den vorhandenen Verwaltungsstellen und Stäben bewältigt werden müssen, allerdings in beschleunigter und konzentrierter Form.



Bundeskanzlerin
Annemarie Huber-Hotz.

Auszug aus dem Lebenslauf

- verheiratet, 3 Kinder
- heimatberechtigt in Baar (ZG)
- Gymnasium in Ingenbohl und Zug
- Sprachen: deutsch, französisch, englisch, schwedisch
- Studien in Psychologie, Soziologie, Philosophie, Ethnologie sowie Politischen Wissenschaften in Bern, Uppsala und Genf
- Nachdiplomstudium mit Abschluss als Raumplanerin ETH-NDS in Zürich
- 1992–1999 Generalsekretärin der Bundesversammlung
- seit 1. Januar 2000 Bundeskanzlerin

Wo sehen Sie als Bundeskanzlerin die Grenzen Ihrer Koordinationsmöglichkeiten im Bereiche von sicherheitspolitischen Fragen?

Für Fragen der inneren und äusseren Sicherheit gibt es spezielle Gremien, in denen die Bundeskanzlei vertreten ist. Diese Gremien sorgen auch für die Koordination.

Welches Ihrer vielen Geschäfte beurteilen Sie als das zurzeit wichtigste?

Die Erarbeitung des Guichet virtuell, einer elektronischen Informationsplattform, die mit den Bundesstellen, den Kantonen und Gemeinden erarbeitet und mit einem Piloten Ende Jahr gestartet werden soll, beschäftigt uns intensiv. Aber auch eine Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte und Überlegungen zur Kommunikation des Bundesrates im Vorfeld von Volksabstimmungen gehören zu den Geschäften auf unserer Prioritätenliste. ■